Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (1994)

Artikel: Eine Zukunft für Ballungsräume?
Autor: Jänicke, Martin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1072917

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Martin Jänicke

Eine Zukunft für Ballungsräume?

Wenn irgend etwas in den nächsten 20 Jahren Zukunft hat, dann sind es die Ballungsräume. Nicht so sicher dagegen, wie lebenswert die Zukunft der Menschen in Ballungsräumen sein wird. Nicht so sicher ist auch die Zukunft bestimmter Ballungsräume.

Das Ranking der europäischen Regionen hinsichtlich ihrer Zukunftsperspektive ist jedenfalls in diversen Prognosen außerordentlich unterschiedlich. Berlin zum Beispiel wurde 1990 vom *Manager-Magazin* unter 17 europäischen Regionen im Mittelfeld plaziert. In Prognosen der ERECO-Institute aus den Jahren 1992 und 1993 befindet sich Berlin in der Gruppe europäischer Regionen mit den größten wirtschaftlichen Chancen. In einer ähnlichen Untersuchung der Bonner Emipirica GmbH rangiert die Stadt auf Platz 163 unter 267 westeuropäischen Regionen. Ähnlich kann man Madrid in solchen Vergleichen einmal an der Spitze und dann wieder am Ende der Skala finden.

Der anhaltende Aufstieg der Ballungszentren

Sicher ist aber dies: Der Aufstieg der Ballungsräume wird weiter fortschreiten.

Erstens: Die Bedeutung der Ballungszentren hat in Europa bis heute ständig zugenommen. Diesem Wandel kommt künftig strategische Bedeutung zu. Er entspricht dem Megatrend der Dezentralisierung, der mit einem Megatrend zur Globalisierung und zur weltweiten Vernetzung gekoppelt ist. Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme der Industrieländer konzentrieren sich in den urbanen Regionen. Zugleich liegt auf dieser Ebene oft der Schlüssel zur Problemlösung. Es liegt nahe, über regionale Potentiale auch vor Ort zu entscheiden, zumal dann, wenn der Zentralstaat immer weniger Hilfen bieten kann. Regionale Arbeitsmarktprobleme werden auf diese Weise immer mehr vor Ort behandelt, ebenso die Verkehrs- und Umweltprobleme.

Die Bedeutung des Zentralstaats wird dadurch offensichtlich relativiert, dies um so mehr, als dieser auch an die internationale Politik Kompetenzen abtreten muß. Der Schweizer Soziologe Jean Ziegler prophezeit bereits: „Spätestens im Jahre 2010 gibt es den Nationalstaat nicht mehr." Seine Folgerung: „Jetzt müssen wir für das Europa der Regionen kämpfen." (*Wirtschaftswoche*, 30. Juli 1993)

Zweitens: Der Wettbewerb zwischen den Regionen nimmt weiter zu. Im Europa des Binnenmarktes und der nach Osten offenen Grenzen erreicht er seinen vorläufigen Höhepunkt.

Heute hat jede größere Wirtschaftsregion ihr Marketingkonzept, ihr Büro in Brüssel, ihre eigenen Standortanalysen und Zukunftskonzepte. Die neuen Bundesländer haben nicht zuletzt auch deshalb Schwierigkeiten, weil sie auf diesen harten Wettbewerb nicht eingestellt waren. Das hat die ohnehin schlechten Ausgangsbedingungen zusätzlich verschlechtert.

Der Wettbewerb der Regionen ist zum einen ein Wettbewerb um Gewerbeansiedlungen; hier werden die internationalen Unternehmen umworben. Es geht aber auch um Verteilungskämpfe, um Anteile an dem umzuverteilenden Brutto-Sozialprodukt. Hier ist der Nationalstaat der Adressat, immer mehr aber auch die Europäische Gemeinschaft.

Die Wettbewerbsposition der Regionen am Weltmarkt ist außerordentlich prekär. Denn nicht das internationale Kapital konkurriert um Standorte, vielmehr sind sie es, die um die Investoren werben. Das Investkapital kann weiterwandern, die Region nicht. Sie kann aber auch nicht den Status einer Wegwerfregion akzeptieren. In dieser schwierigen Situation laufen die Ballungsräume Gefahr, sich gegenseitig zu überbieten: mit Subventionen, mit teurer Infrastruktur, mit billigen Grundstücken, aber auch mit dem Verzicht auf Umweltschutzauflagen. Ökologisch bedeutet dieser Wettbewerbsdruck oft, daß ärmere Regionen im Kampf um Investoren ein regelrechtes Öko-Dumping betreiben. Dies gilt vor allem für Ost- und Südeuropa.

Hier droht eine gefährliche Spirale. Wenn alle zuzahlen, nutzt es nichts, wenn einer noch mehr zahlt. Der internationale Subventionswettlauf kommt so zustande: Auf immer höherem Niveau entscheidet der Meistbietende und diktiert so die Bedingungen. Hier ist eine Absprache zwischen den Ballungszentren unerläßlich. Das Europa der Regionen ist schon deshalb nötig, damit ein ruinöser Wettbewerb unter den Ballungsräumen unterbleibt.

Auf der anderen Seite haben die entwickelten Ballungszentren inzwischen auch gelernt, daß ökologisches Dumping sich nicht auszahlt. Nur bei hoher technologischer und ökologischer Attraktivität sind sie in der Lage, im Wettbewerb der Regionen mitzuhalten. Die ökologischen Vorreiterregionen sind in der Regel auch die moderneren. Investoren haben im übrigen auch steigende Ansprüche an die Lebens-

qualität. Umweltqualität ist längst ein Standortvorteil im Wettbewerb.
Drittens: Die Ungleichheit zwischen den Regionen nimmt zu. Aber die Bereitschaft zur Umverteilung nimmt in den reichen Ballungsräumen eher ab. Man kann an Norditalien, an Flandern oder Katalonien studieren, wie die reichen Regionen sich gegen einen nationalen Verbund wehren, bei dem sie für die ärmeren Regionen mit einstehen müssen. Die *Wirtschaftswoche* gibt dem die Parole: „Der internationale Klassenkampf ist tot. Es lebe der Kampf der Regionen!" (30. Juli 1993)
Der Gegensatz zwischen reichen Dienstleistungsmetropolen und ärmeren Industrieregionen spitzt sich zu. Die reichen Regionen konsumieren die Güter, die sie anderswo herstellen lassen, oder sie importieren die technologisch anspruchslosen Vorprodukte und fügen den wertschöpfungsintensiven Rest hinzu.
Die Dienstleistungszentren sind also ökonomisch wie ökologisch privilegiert. Hier entstehen die hohen Einkommen aus den Chefetagen, in Banken, Versicherungen, Forschung und Entwicklung, Informations- und Nachrichtenwesen, Consulting oder Weiterbildung. Hier bestehen in der Regel auch die besseren Umweltverhältnisse, jedenfalls fehlen die typisch umweltintensiven Industrien, ihre Emissionen und ihre Abfälle. Dafür ist der Abfallberg in den Dienstleistungszentren besonders hoch. Güter werden zwar anderswo produziert, ihr Endstadium als Abfall ist aber eines der Hauptprobleme der reichen Zentren – schlicht deshalb, weil sie erheblich mehr konsumieren als andere Regionen. Hier sind der Transport und der Flächenverbrauch inmitten von Altlasten aus der früheren Industrietradition ein spezielles Umweltproblem.

Die weniger entwickelten Industrieregionen entstehen immer mehr dort, wo die Löhne niedrig, die Qualifikation der Arbeitskraft aber dennoch ausreichend und die Verkehrsanbindung günstig sind. Deshalb verlagern sich Industrien alles in allem eher innerhalb Europas als in die Dritte Welt. Sie verlagern sich nach Portugal, nach Ungarn oder in die GUS. Damit verstärkt sich die Arbeitsteilung zwischen wissensintensiven Industrien in West- und Nordeuropa und umweltintensiven Industrien in Süd- und Osteuropa. (Interessant dabei ist, daß in Osteuropa die durch Altlasten beeinträchtigten Industrieregionen in Prognosen keine großen Wachstumschancen haben.)

Viertens: Die Ballungsräume wachsen immer mehr in die Rolle von Nationalstaaten. Als solche haben sie zwar meist weder Flagge noch Armee, kein festes Territorium, nicht einmal Regierung und Parlament. In aller Regel sind sie institutionelle *Nobodies.* Und dennoch sind sie immer wichtigere Akteure auf der Weltbühne. Was ist die Ursache für diesen Widerspruch?
Ein Ballungsraum ist eine Region mit hoher räumlicher Verdichtung und Vernetzung von Produktions-, Reproduktions- und Infrastrukturaufgaben. Ein Ballungsraum ist aber zumeist keine territorial abgrenzbare Verwaltungseinheit. Er ist in der Regel mehr als eine Großstadt und weniger als ein Bundesland. Wie wird ein solcher institutioneller Nobody dennoch zu einem handelnden Subjekt?
Die Antwort lautet zunächst einmal: Die Problemberge und die spezifischen Handlungsmöglichkeiten in den Regionen erzwingen dies. Vor allem erzwingt der Wettbewerb zwischen den Regionen eine Kooperation der wichtigsten Akteure vor Ort. Das gilt ebenso für die Vernetzung der Unternehmen und das Entstehen einer *business community,* für Unternehmer und Gewerkschaften, für Stadtplaner und Umweltverbände, vor allem aber für die Kooperation zwischen Städten und Umlandgemeinden.
Es entsteht hier in ganz neuer Typus von politischer Einrichtung. Nicht Wahlen, Parteien, Parlament und Bürokratie entscheiden. Es ist ein ganz neuer Handlungstypus entstanden: die sogenannten ‚Verhandlungssyteme'. Bei ihnen gilt in der Regel nicht das Mehrheits-, sondern das Konsensprinzip. Die Durchführung von Beschlüssen ist nicht so sehr Sache der Bürokratie. Einen Teil der Durchführung übernehmen die Beteiligten selbst. Es entstehen vielfältige Ad-hoc-Kooperationen. Genauer gesagt: Sie müssen sich bilden, wenn eine Region nicht extreme Standortnachteile erleiden will. Beispielsweise geht man in dieser Weise gegen Verkehrsverhältnisse vor, die (weil sich nichts mehr bewegt) die örtliche Wirtschaft ruinieren können. Verhandlungssysteme haben Vorteile. Sie werden zu konkreten Problemen gebildet, sind flexibel und lösen Probleme oft besser und ursächlicher als Bürokratien, die sich an den Problemen tendenziell festhalten, indem sie sie bearbeiten.
Ökonomisch erfolgreiche Regionen sind vergleichsweise erfolgreich darin, daß sie die wichtigen gesellschaftlichen Akteure in Dialogstrukturen einbinden. Das ist heute eigentlich schon gut bekannt. Fast jedes regionale Entwicklungskonzept empfiehlt kooperative Lösungen.

Die Frage ist heute eher, wie man den Dialog professionell organisiert. Dazu reicht es nicht, daß man die wichtigsten Akteure der Region zusammenbringt; auch die gegensätzlichen Interessen müssen zusammenkommen. Sodann muß ein Konsens über die wichtigsten Probleme ausdiskutiert werden. Dann geht es um den noch schwierigeren Konsens über die Lösungen. Wichtig ist eine kompetente Vorbereitung der Verhandlungen. Dafür braucht man unabhängige Prognosen und Analysen. Ebenso wichtig ist Öffentlichkeit. Im Idealfall endet ein solcher Dialog mit öffentlichen Selbstbindungen wichtiger Akteure. Unternehmen oder Branchen können beispielsweise Beschäftigungsverpflichtungen übernehmen oder erklären, daß sie den Transport oder das Abfallvolumen um einen bestimmten Prozentsatz verringern – Angaben, die öffentlich nachprüfbar sind. Im Umweltschutz werden solche Dialogstrukturen bereits relativ gut praktiziert (z. B. in den Niederlanden). Dialoge dieser Art können freiwilliges Innovationsverhalten dort bewirken, wo staatliche Einrichtungen und Zwangsmittel entweder nicht vorhanden oder nicht wirksam sind. Darin liegt die Bedeutung dieser neuen Politikvariante. Verhandlungslösungen sind ein Mittel, die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft ein Stück zu überwinden.
Der Erfolg eines Ballungsraums im regionalen Wettbewerb hängt immer mehr davon ab, wieweit er seine Zukunftsprobleme meistert. Dies wiederum hängt davon ab, wieweit er handlungsfähig und zugleich neuen Interessen gegenüber offen ist. Es sind heute die dialogfähigen Strukturen, die den Erfolg bestimmen.

Fünftens: Die Bedeutung der Ballungsräume erhöht sich auch in ökologischer Hinsicht. Zukunftsgerechte Energieversorgung setzt zunehmend auf lokal anfallende, regionale Energien; das gilt für Abwärme (KWK), Umgebungswärme, Wind- und Solarenergie, Energie aus Abfällen oder Biomasse. Auch Energieeinsparungen werden vor Ort vorgenommen. Wer den Import von Energie in die Region durch eigene Maßnahmen ersetzt, schafft damit auch lokale Arbeitsplätze. Für den Wasserverbrauch gilt Ähnliches: Eine lokale Wasserwirtschaft ist ein örtlicher Wirtschaftsfaktor, einschließlich des Beratungswesens zur Einsparung. Sie schafft auch einen heilsamen Zwang, die Abwässer ausreichend zu reinigen, Böden und Grundwasser zu schützen oder Naturschutzflächen zu sichern. Die überregionale Fernversorgung mit Trinkwasser sorgt dagegen nicht nur für den Abfluß regionaler Kaufkraft, sondern auch für einen Anreiz zu verschwenderischem Umgang mit Ressourcen.
Sechstens: Ökologisch muß die zukunftsfähige Entwicklung in den Industriezentren selbst gesucht werden. Problemverschiebungen von einer Region in die andere – von der privilegierten in die weniger privilegierte – müssen verhindert werden.
Die Zukunft ist immer mehr eine Zukunft von und in Megastädten. Diese haben die Tendenz, immer mehr zusammenzuwachsen. Teile Mitteleuropas drohen zu einer Megalopolis, einem einzigen urbanen Gewebe zusammenzuwachsen. Spätestens dann wird man sehen, daß mit den Siedlungsräumen ganz anders, sehr viel rationeller umgegangen werden muß, daß das Ausweichen in die Grünflächen der Umgebung und die Auslagerung von Umweltproblemen unmöglich geworden sind. Wenn Umweltprobleme nicht mehr ausgelagert werden können, gilt folgender Imperativ: In Ballungsräumen müssen die Umweltfolgen wirtschaftlichen Wachstums ununterbrochen durch ökologische Gegenmaßnahmen ausgeglichen werden, erst durch Schutzmaßnahmen, dann durch konsequente ökologische Modernisierung. Jede Abwanderung bedeutet, daß der ökologische Veränderungsdruck, der auf den Industrien lastet, verringert wird. In den hochentwickelten Zentren bestehen die höchsten Ansprüche an Umwelt und Technologie. Hier sind auch die wissenschaftlichen und materiellen Möglichkeiten am größten, um durch die Entwicklung der technischen Effizienz eine langfristig tragfähige Entwicklung zu erreichen.
Siebtens: Auch die globale Zukunft entscheidet sich in den Ballungsräumen der entwickelten Industrieländer. Ein neues Wohlstandsmodell, das weltweit verallgemeinerbar ist, entsteht entweder hier oder nirgends.
Daß wir dieses veränderte Wohlstandsmodell brauchen, muß heute nicht mehr lange erklärt werden. In Deutschland verbraucht jeder Einwohner im Durchschnitt 16 Tonnen Rohstoffe pro Jahr, in Japan 18. Nimmt man Bauschutt, Abraum und dergleichen hinzu, ist das etwas doppelt so viel, bei uns 33 Tonnen je Einwohner und Jahr. Man muß diesen Rohstoffverbrauch nur auf fünf oder sechs Milliarden Erdenbürger hochrechnen, dann sind die Folgen unübersehbar. Und selbst wenn der Rohstoffverbrauch gleich bliebe, würde er sich Jahr für Jahr in seinen Wirkungen akkumulieren. Wir machen uns in der Regel nicht klar, daß auch ein nicht wachsender Rohstoffverbrauch die abgebaute Menge jährlich um 100 Prozent erhöht, ebenso das Abfall-

volumen. Das Problem der Industriegesellschaften ist keineswegs nur ihr Wachstum; auch ohne Wachstum ist unser jährlicher Material- und Energieverbrauch im Zeitverlauf ruinös. Es ist offensichtlich, daß unser Wohlstandsmodell nicht auf die Welt übertragbar ist. Es muß sehr schnell überwunden werden. Und zwar hier, wo ein solcher Wandel zugleich eine gewaltige Innovationschance bietet, wo das Geld und die Institutionen dafür vorhanden sind.

Die alten Industrieregionen leiden besonders an Problemen des Abfalls, des Verkehrs und der Flächenverfügbarkeit. Läßt sich dies ändern? Die Antwort (jenseits der Auslagerung der Produktion) lautet: Übergang zu stadtgerechten Industrien. Solche ‚urban-type industries' sind Produktionen mit hohem Wissens- und Dienstleistungsanteil bei zugleich geringer Rohstoff-, Energie-, Transport-, Abfall- oder Risikointensität. Während die umweltintensiven Industrien breit in die Fläche gehen, lassen die stadtgerechten Industrien auch eine vertikale Verdichtung zu: Sie lassen sich mehretagig und sogar in Wohngebieten ansiedeln. Sie können auch bei der Flächenkonkurrenz mit Bürohäusern mithalten – anders als umweltintensive Industrien, die meist einen hohen Transport- und Lagerungsbedarf haben. Es geht um die Modernisierung dessen, was man in Berlin die ‚Berliner Mischung' nennt. In Tokio hat man auf entsprechende Klein- und Mittelbetriebe gesetzt. Sie werden dort in diesem Sinne speziell beraten.

Einige Lösungsansätze

Wenn die urbanen Ballungsräume heute (neben den multinationalen Unternehmen) die zukunftsentscheidenden Akteure geworden sind, müssen daraus Konsequenzen gezogen werden. Daß hierbei ganz neue, kooperative Politikmodelle im Spiel sind, habe ich anzudeuten versucht. Es geht dabei nicht nur um die Einbeziehung aller wichtigen Interessen in die regionale Meinungs- und Willensbildung; es geht auch darum, die Beteiligungsmöglichkeiten für die ‚Aktivbürgerschaft' zu verbessern, und zwar im Vorfeld von Planungen, dort, wo gerichtliche Klagen vermieden werden können. Es geht auch um Multizentralität, um Dezentralisierung innerhalb der Großstädte – eine Notwendigkeit, die bereits in vielen Metropolen (ob in Hamburg oder Tokio) zu Konsequenzen geführt hat. Nur so lassen sich Kreativität und Akzeptanz für neue Entwicklungen schaffen.

Nach Prognosen findet das Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung weiterhin vor allem in den Ballungsräumen statt. Aber wenn dies gelten soll, bedarf es langfristig eines radikalen industriellen Umbaus. Es bedarf ständiger ökologischer Modernisierungen, die vor allem den Material-, Transport- und Flächenbedarf verringern. Darin liegt zugleich die technologische Chance der entwickelten Zentren.

Für einen solchen Umbau bedarf es allerdings übergreifender Rahmenbedingungen: Materialien, Energie, Boden und Transporte müssen wesentlich teurer werden. Wir brauchen eine veränderte Grundsteuer. Sie sollte für die Städte so wichtig werden wie die Gewerbesteuer. Wir benötigen auch eine Verteuerung der Mobilität, damit unsinnige Formen der regionalen Arbeitsteilung und der Stadt-Umland-Beziehung ein Ende haben und sich die Produktion stärker regional integriert und vernetzt. Die Kommission ‚Zukunft Stadt 2000' hat der Bundes-Bauministerin hierzu sinnvolle Vorschläge unterbreitet.

Wir müssen davon ausgehen, daß die sozialen Probleme der Ballungsräume weiter zunehmen. Problem Nummer eins bleibt – mit wachsender Bedeutung – die Massenarbeitslosigkeit. Sie droht langfristig alle anderen Themen zu erdrücken. Es geht daher künftig, mehr denn je, um integrierte Lösungen. Für den Problemkreis Arbeit und Umwelt bietet sich immer mehr eine ökologische Steuerreform an, die den Naturverbrauch verteuert und den Faktor Arbeit steuerlich entlastet. Wenn Arbeit steuerlich billiger ist, wird sie stärker nachgefragt. Im Gegensatz zur Natur haben wir sie reichlich. In der EG bringen die Arbeitnehmer 50 Prozent der Steuern auf, der Naturverbrauch ist nur mit 10 Prozent beteiligt. Ich bin ziemlich sicher, daß sich das bald ändern wird. In Dänemark und Belgien sind bereits erste wichtige Ansätze in dieser Richtung gemacht worden. Am besten, man stellt sich schon heute auf diesen Wandel ein.

Eine meiner Thesen lautete, daß sich in den entwickelten Ballungsräumen auch entscheidet, ob es ein weltweit verallgemeinerbares Wohlstandsmodell gibt oder nicht. Wenn dies so ist, so müssen die urbanen Zentren sich auch mehr denn je ihrer globalen Verantwortung bewußt werden und sie nicht dem Nationalstaat oder den internationalen Organisationen überlassen.

Wohnort Stadt

1991 wurden im Bereich ‚Steine/Erden' im westlichen Deutschland 311 Millionen Tonnen Rohstoffe verbraucht. Nimmt man den Abraum hinzu, so ist das Volumen noch wesentlich größer. Das ist bei weitem der größte Block des Rohstoffverbrauchs. Und fast alles geht in den Bausektor. Selbst wenn diese Menge nicht wächst, wächst doch das Volumen der Kiesgruben und Steinbrüche jedes Jahr um diese Größenordnung.
Beim Abfall ist der Bausektor ebenfalls Nummer eins. Bodenaushub und Bauschutt machen mit rund 120 Mio. Tonnen fast die Hälfte des gesamten Abfallaufkommens aus. Nach dem Bergbau ist der Bausektor (sieht man vom Verkehrssektor selbst ab) auch der transportintensivste Sektor.
Bei der Flächenversiegelung hatte und hat der Bausektor notwendigerweise eine Schlüsselrolle. Und der Flächenverbrauch nimmt völlig ungebrochen zu. Es handelt sich hier um eines der großen, ungelösten Umweltprobleme der Industrieländer. Hier hat der Umweltschutz bisher keine wirksamen Spuren hinterlassen.
Auch bei den Produktionsabwässern oder den direkten und indirekten Stickoxid-Emissionen ist der Bausektor ein Bereich überproportionaler Umweltbelastung, überproportional im Vergleich zum Anteil an den Beschäftigten (6,6 Prozent, bei 5,6 Prozent Anteil am Brutto-Inlandprodukt).
Es macht ökologisch viel aus, ob Architekten für behutsame Stadterneuerung eintreten oder für Kahlschlagsanierung. Für den Rohstoff- und Flächenverbrauch, für Transport und Abfall ist das die Differenz ums Ganze. Architekten entscheiden auch mit über die Art der Baustoffe, über den Energieverbrauch der Haushalte, über ihren Wasserverbrauch.
Fast jedes Gebäude wird einzeln geplant und genehmigt, ein teures Verfahren, anders als beim Autobau oder auch beim Fertigbau. Vermutlich spricht einiges für dieses teure Planungsverfahren – aber wirklich legitim ist es nur noch dann, wenn auch ökologisch bessere Lösungen dabei herauskommen als etwa beim billigeren Typenbau, der ja bei der Energieeinsparung sehr ehrgeizig ist.
Da Energie, Wasser, Fläche, Baustoffe und Bauschutt Kostenfaktoren sind, ist ökologisches Bauen vermutlich schon heute kein Luxus mehr. Die Prognosen weisen ebenfalls in diese Richtung. Eine Technologieprognose des Fraunhofer-Institutes für Systemtechnik und Innovationsforschung kam unlängst zu dem Ergebnis, daß umweltfreundliche Bauverfahren, einschließlich der zugehörigen Planungen, der wichtigste Innovationsbereich der Zukunft seien – wichtiger noch als die ansonsten hoch gehandelten neuen Recycling- oder Energietechniken oder medizintechnische Neuerungen im Bereich der Tumorbekämpfung.
Architekten entscheiden über extrem langlebige Produkte. Sie sind dadurch an der Gestaltung der Zukunft maßgeblich beteiligt. Was sie entscheiden oder raten, wirkt für Jahrzehnte. Ich weiß natürlich, wie wenig Architekten oft *Herren* des Verfahrens sind, welche Rolle die kurzsichtigen Interessen von Bauherren oder Bauunternehmern oft spielen. Aber die Informationen, die Architekten in den Prozeß einbringen, und die Standfestigkeit, mit der sie es tun, können erhebliche Wirkungen haben. Das gewaltlose Steuerungsinstrument der Information erhält in der Informationsgesellschaft zweifellos wachsende Bedeutung. Es kommt also darauf an, wie Architekten die Attraktivität eines Bauwerks bestimmen, wie sie die Kosten vorrechnen und ob sie die Zukunftsperspektive der individuellen ebenso wie der öffentlichen Bauherrren aktiv in die Planungsdebatte einbringen.
In diesem Spiel sind allerdings kaum schnelle Siege zu erwarten. Im Umweltschutz geht es weniger um ein Heldendasein als um den Mythos des Sisyphos, der seine Selbstachtung darin sieht, den Stein immer wieder und immer wieder den Berg hinauf zu tragen.
Die Umweltfrage steht und fällt letztlich mit den einsamen Pionieren, die anschließend nachgeahmt wurden. Das erinnert an die Geschichte von everybody, somebody und nobody, die gemeinsam ein Problem lösen sollen. Everybody meint, somebody solle anfangen. Somebody meint, es sei besser, wenn erst everybody tätig würde. Am Ende handelt nobody.
Es kommt auch im Architektenberuf auf die innovativen somebodies an. Die Nachahmung durch everybodies ist nicht immer, aber künftig immer öfter gewiß.
Eine der wenigen sicheren Prognosen, die gemacht werden können, ist die, daß der Zwang zu ökologischen Neuerungen ständig zunimmt.

Vortrag, gehalten auf dem 45. Bundestag aus Anlaß des 90. Geburtstages des Bundes Deutscher Architekten BDA
(Wohnort Stadt: Zukunfts-Pläne in und aus der Krise)
in Potsdam am 17. September 1993